

Notwendige Modernisierung

—
Warum Parteien sich damit so schwertun

MATTHIAS JUNG

Geboren 1956 in Speyer, seit 1991 Mitglied des Vorstands der Forschungsgruppe Wahlen e.V. und seit 1994 geschäftsführender Gesellschafter der FGW Telefonfeld GmbH.

Ohne eine kontinuierliche Modernisierung kann keine Partei auf längere Sicht erfolgreich sein. Diese Notwendigkeit ergibt sich zwingend aus dem unaufhaltsamen gesellschaftlichen Wandel, der eine wesentliche Rahmenbedingung für das politische Agieren darstellt.

Die Geschichte des Parteiensystems lässt sich somit auch als Geschichte der Modernisierungsprozesse der Parteien darstellen, jedenfalls für die Parteien, die ihren Modernisierungsprozess erfolgreich geschafft haben.

Das bundesrepublikanische Parteiensystem ist auch heute noch wesentlich durch die ideologischen Grundkonflikte des ausgehenden 19. Jahrhunderts mit seinen klaren gesellschaftlichen Konfliktlinien gekennzeichnet. Insofern besteht ein Großteil des Modernisierungsaufwands der traditionellen Parteien in der Überwindung dieser alten Weltanschauungsstrukturen. Hier sind vor allem die auf dem Interessengegensatz von Kapital und Arbeit beruhende klassenkämpferische Grundorientierung der Sozialdemokratie und die aus dem Kulturkampf resultierende konfessionelle Grundorientierung des Zentrums beziehungsweise der Christdemokraten zu nennen.

Einen ersten ganz entscheidenden Modernisierungsprozess hat die deutsche Sozialdemokratie mit der Verabschiedung des Godesberger Programms

1959 vollzogen, das die Grundlagen einer Versöhnung der Arbeiterbewegung mit einer moderierten Marktwirtschaft geschaffen hat. Dieser sehr erfolgreiche Prozess, der die notwendige Voraussetzung für den zehn Jahre später erfolgten Regierungswechsel war, weist fast paradigmatisch Muster eines Modernisierungsprozesses auf, wie er für linke Parteien typisch ist: Eine Kursänderung wird von der Spitze initiiert und in einem intensiven Programmdiskurs umgesetzt. An der Basis sorgt dann das verbindliche Parteiprogramm für die verhaltenswirksame Verankerung der beschlossenen Modernisierung.

PARTEIREFORM OHNE PARTEI

Der Regierungswechsel 1998 war im Gegensatz zu dem von 1969 nicht die Folge eines Modernisierungsprozesses der Sozialdemokratie, sondern die Folge einer Wechselstimmung nach sechzehn Jahren Helmut Kohl. Der nachgelagerte Modernisierungsversuch von Gerhard Schröder kann hingegen inzwischen als weitgehend gescheitert angesehen werden. Es war ein Versuch, die Sozialdemokratie endgültig mit der Marktwirtschaft unter den veränderten Rahmenbedingungen des globalen Wettbewerbs auszusöhnen. Dieser Versuch ist nicht deshalb gescheitert, weil Schröder einer in der Tradition verharrenden Partei zu viel zugemutet hat – das Godesberger Programm verlangte der SPD viel mehr ab –, sondern weil er zu wenig Rücksicht auf die SPD und ihre spezifischen Befindlichkeiten genommen hat. Schröder hat der SPD sein Konzept aus dem Kanzleramt heraus verordnet, ohne einen intensiven institutionalisierten Diskurs in der SPD zu organisieren. Diese Vorgehensweise musste in einer Partei, bei der ein Parteiprogramm eine zentrale Rolle spielt, zum Scheitern verurteilt sein. Dass er seine Partei auf seinem Weg nicht wirklich erreicht und mitgenommen hat, blieb so lange im Verborgenen, wie er als Kanzler erfolgreich war. Die innerparteiliche Abrechnung mit Schröder und seinem Programmdiktat erfolgte umgehend, nachdem er fortwährend Verluste bei Wahlen hatte hinnehmen müssen.

Bei der Union erfolgte die erste Modernisierung bereits mit ihrer Gründung: Durch die überkonfessionelle Konstituierung der Partei und die damit verbundene grundsätzliche Überwindung des katholisch-protestantischen Antagonismus wurde die Grundlage für die bis heute reichende strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Union gelegt. Allerdings blieb auch bis heute eine Dominanz des Katholischen in der Union erhalten, die weniger durch eine Stärkung des Protestantischen zurückgedrängt wurde als durch eine Relativierung des Konfessionellen insgesamt.

Die wachsende Distanz zwischen der programmatischen Linie der Union und der gesellschaftlichen Entwicklung in der Post-Adenauer-Zeit ließ einen Machtverlust der Union unausweichlich werden, der auch ohne den konspirativen Koalitionswechsel der FDP über kurz oder lang stattgefunden

hätte. Die Aufgabe, wieder den Anschluss an die gesellschaftliche Wirklichkeit der Bundesrepublik zu finden, hat Helmut Kohl in den 1970er-Jahren für sich entdeckt und die Union in eine im Kontext ihrer Tradition ungewöhnlich intensive Programmdiskussion gezwungen. Dieser Prozess legte ähnlich wie das Godesberger Programm bei der SPD die Grundlage für den Machtwechsel 1982, der nur vordergründig das Ergebnis des Koalitionswechsels der FDP gewesen ist. Erst mit einer weiteren zeitlichen Entfernung zur Regierungstätigkeit von Helmut Kohl und zum dort geprägten Bild des ewigen Kanzlers wird die wahre Bedeutung des programmatischen Innovators der Union so richtig erkennbar werden.

WÄHLER MITNEHMEN

Dass es Angela Merkel geschafft hat, Kanzlerin zu werden, basierte auf zwei entscheidenden Faktoren: der rechtzeitigen und nachhaltigen Lösung von Helmut Kohl nach der Spendenaffäre und dem Scheitern der Schröder'schen Agenda-Politik, die letztlich nicht durch die Wähler, sondern mangels breiter Unterstützung in der SPD unter die Räder gekommen ist. Der eigentliche programmatische Modernisierungsprozess der CDU steckte zum Zeitpunkt des extrem knappen Regierungswechsels noch in den Anfängen. Am weitesten war die Union bei den ökonomischen Herausforderungen des globalen Wettbewerbs vorangekommen, einem Gebiet, auf dem Schröder versucht hatte, strategisch wichtiges Terrain in der politischen Mitte zu gewinnen. Der eigentliche Modernisierungsprozess der Union war deshalb während der Zeit der Regierungsverantwortung nachzuholen. Ohne ihn wäre die Legitimation des Machtanspruchs der Union umgehend infrage gestellt worden. Entscheidend blieb bis zum heutigen Tag dabei der nachhaltige Erfolg in der Regierungstätigkeit, der der in breiten Bevölkerungsschichten hoch angesehenen Kanzlerin Merkel den Spielraum für ihren anfangs sehr umstrittenen Parteivorsitz verschaffte.

Merkel war im Gegensatz zu Schröder von Anfang an darum bemüht, die Partei bei ihrer Modernisierung – soweit es möglich war – mitzunehmen. Dabei war es lange nicht klar, ob der der CDU von oben verordnete Kurs Erfolg haben würde. Erleichtert wurde das Ganze durch die erfolgreiche, lang andauernde Regierungszeit von Merkel, die immer mehr aufzeigte, dass der von ihr betriebene Modernisierungsprozess letztlich notwendig für den Machterhalt der Union war. Von einer endgültigen Etablierung kann aber erst nach dem Wahlsieg von 2013 ausgegangen werden, bei dem Merkel den Nachweis erbrachte, dass mit ihrer Linie sehr wohl wieder Wahlergebnisse im Bereich 40 + x Prozent erreicht werden konnten, was davor das letzte verbliebene Argument der Modernisierungsgegner zum Beispiel im Berliner Kreis gewesen war.

Was macht es eigentlich so schwer, eine Partei programmatisch zu modernisieren? Dem politisch interessierten Durchschnittswähler erscheint

dabei ja zumeist das Ergebnis eines erfolgreichen Modernisierungsprozesses eher trivial, während es für eine Partei selbst oft einen gravierenden Einschnitt darstellt. Dieser Sachverhalt wird nachvollziehbar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass ein Modernisierungsprozess dann notwendig wird, wenn sich eine Partei nachhaltig vom kontinuierlichen gesellschaftlichen Entwicklungsprozess entkoppelt hat. Dabei ist es für eine große Volkspartei gar nicht notwendig, dass sie an der Spitze des gesellschaftlichen Fortschritts steht. Wenn sie aber den Anschluss an den gesellschaftlichen Mainstream verloren hat, ist ihr Abstieg vorgezeichnet.

TROTZ UND SELBSTÜBERSCHÄTZUNG

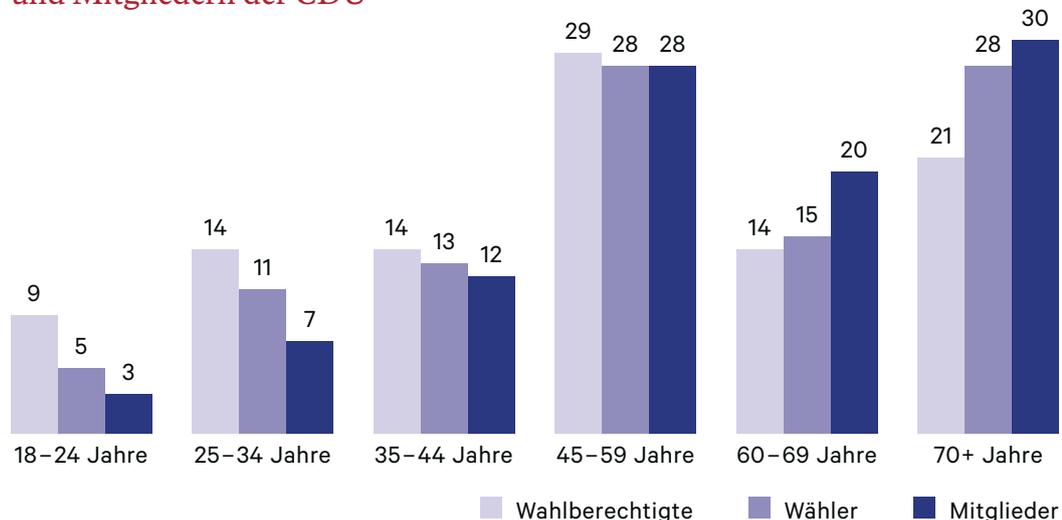
Parteien neigen dabei generell dazu, sehr traditionell ausgerichtet zu sein, weil den Mitgliedern die zum Zeitpunkt ihres Eintritts entscheidenden programmatischen Positionen persönlich überdurchschnittlich wichtig waren – sonst hätten sie sich dafür nicht besonders engagiert. Diese Präferenzen behalten sie in der Regel lange bei. Insofern stellen Parteien zu jedem Zeitpunkt eine Ansammlung von Menschen dar, die länger zurückliegenden programmatischen Positionen besonders verbunden sind. Dazu kommt eine Art Trotzreaktion, wenn die Mitglieder erkennen, dass ihre programmatischen Positionen vom Zeitgeist überrollt werden. Regelmäßig wird dabei auch die eigene Kraft überschätzt, sich solchen Einstellungsveränderungen in der Gesellschaft erfolgreich entgegenstellen zu können.

Die Wählerschaft als Ganzes hingegen repräsentiert den verhaltensrelevant gewordenen Mainstream des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses; die einer Partei nahestehenden Wähler wiederum nehmen eine Mittelposition zwischen der Wählerschaft insgesamt und der Mitgliederschaft ein. Aufgrund dieser Ausgangslage besteht die Aufgabe der Führungselite einer Partei vor allem darin, der Wählerschaft zu verdeutlichen, dass man mit den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels mithalten kann (sprich „modern“ ist); dabei gilt es, die Partei auf diesem Weg so weit mitzunehmen, dass von ihr zumindest kein störendes Sperrfeuer ausgeht. Nachhaltige Dissonanzen in dieser Hinsicht wirken sich vor allem im bürgerlichen Wählerlager verheerend aus, während das linke politische Lager programmatischen Auseinandersetzungen aufgrund eines anderen Verständnisses von Streitkultur aufgeschlossener gegenübersteht.

Besonders hoch ist der Druck zur programmatischen Modernisierung für alle Parteien mit dem Ende des Ost-West-Konflikts geworden. Dieser Wegfall hat zu einer generellen Entideologisierung im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich geführt. Eine in zwei Lager gegliederte politische Landschaft veränderte sich langsam, aber sicher hin zu einem Mitte-zentrierten Parteiensystem. Wenn eine Partei eine strategische Mehrheitsfähigkeit

behalten oder erreichen will, dann muss sie vor allem in dieser politischen Mitte, in der sich gut zwei Drittel der Wahlberechtigten befinden, dominierend erfolgreich sein.

Altersverteilung von Wahlberechtigten sowie Wählern und Mitgliedern der CDU



Quelle: Wahlberechtigte Deutschland gesamt und CDU-Wähler: Repräsentative Wahlstatistik (BTW) 2013; Mitglieder: CDU-Bund September 2014; eigene Umrechnung; alle Angaben in Prozent (gerundet)

Für die Union ist es dabei besonders schwierig, den notwendigen gesellschaftlichen Modernisierungsprozess voranzubringen. Wie alle Parteien muss sie ihre fundamentalistischen Hemmnisse überwinden und ist gleichzeitig viel abhängiger von einem kontinuierlichen Modernisierungsprozess, da ihre Wählerschaft aufgrund des überdurchschnittlichen Lebensalters schneller „wegstirbt“ (circa eine Million Wähler pro Legislaturperiode) als die der anderen Parteien. Deshalb muss die Union zu jedem Zeitpunkt viel mehr Wähler in mittleren Altersgruppen dazugewinnen, die naturgemäß stärker durch modernere Orientierungen beeinflusst sind, wenn sie ihren Status quo an der Wählerfront erhalten will. Oft wird dabei ein solcher Modernisierungsprozess in den Parteien als ein Aufgeben des essenziellen Wertesystems einer Partei diskreditiert. Dabei wird häufig ignoriert, dass der gesellschaftliche Veränderungsprozess keineswegs automatisch die Inhalte der Modernisierung vorgibt. Es müssen vielmehr spezifische Antworten gefunden werden, die mit den Wertordnungen einer Partei vereinbar sind und den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gerecht werden. So müssen zum Beispiel unter den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen Lösungen gefunden werden, wie der Wert „Äußere Sicherheit“ bewahrt werden kann. Die Abkehr von einer dafür nicht mehr geeigneten allgemeinen Wehrpflicht stellt dabei sicher keinen Wertverlust da. Und veränderte Organisationsformen der Kinderbetreuung etwa müssen nicht automatisch zu einer Beeinträchtigung des Wertes „Familie“ führen.